

Mit Rainer Haas über einen guten Tag. Heute ist Weltwassertag. Hat die UNO 1993 gefunden und wie soll man sagen, hat sich ja irgendwie zur Verbesserung beim Wasser beigetragen. Aber wie sehr weiß man nicht. Schließlich können wir heute irgendwie auch einen Weltwassertag feiern. Durchaus auch bei uns. Wir müssten dazu zum Beispiel nur den Seewinkel anschauen. Was tun gegen die Wasserknappheit? Was kann die Landwirtschaft zum Beispiel tun? Dazu hier gleich Georg Strasser, der Präsident des Bauernbundes. Heute ist auch der Tag, an dem die SPÖ ihre Modalitäten der Mitgliederbefragung festlegen will, was sie da alles wollen können, müsste dazu gleich Niklas Lercher aus unserer Innenpolitik redaktion. Heute ist auch Tag der Entscheidung für Boris Johnson. Es geht um seinen Weiterverbleib in der britischen Politik. Heute wäre dann auch noch der Wir-Lieben-Brokoli-Tag. Was man jedenfalls lieben sollte, ist das Grün, Wald, Bäume und alles, was dazugehört, ist gut für unsere Gesundheit, sagt wieder mal eine Studie. Das alles und noch mehr können Sie in dieser Stunde hören. Lehnen Sie sich ruhig und guten Gewissens zurück. Heute ist nämlich auch noch der Tag des Follensens. Den Beginn gestaltet wie üblich unsere Wetterredaktion. Heute Daniel Schlager übrigens einen Tag vor dem Tag der Meteorologie. Der wäre dann morgen, aber jetzt mal was ich wettermäßig bis morgen so tut. Das könnte der bisher wärmste Tag des Jahres werden. Zurzeit stehen in der Rekordliste ja noch die 22,1 Grad vom 21. Februar in Güssingen. Aber auch heute steigen die Temperaturen auf 16 bis 22 Grad. Aktuell sind es etwa schon 20 in Bad Wieslau. In den Landeshauptstädten zwischen 15 Grad in Bregenz und 19 in Eisenstadt. Dazu überwiegt auch am Nachmittag im ganzen Land der Sonnenschein. Oft ist der Himmel sogar strahlend blau. Nur da und dort trauchen ein paar harmlose Wolken auf und auch der leichte Wind aus West bis Süd spielt heute nur eine Nebenrolle. Morgen geht es dann warm mit Sonne und Wolken weiter. Zum Wochenende hindrückt eine Kaltfront die Temperaturen aber wieder in den Normalbereich für März. Und Anfang nächster Woche könnte es sogar noch einmal spätwinterlich werden.

Ab in etwa einer Stunde soll das SPÖ Präsidium die genauen Spielregeln für die Mitgliederbefragung

festlegen. Wer stimmt ab? Wer organisiert das? Wer kontrolliert das? Wer tritt überhaupt an? Letzteres ist ja gerade ganz aktuell, weil neben Nikolas Kowal, dem ehemaligen Parteirebel, noch weitere Kandidaten in den Machtkampf einsteigen dürften. Und ist nicht mehr länger der Zweikampf zwischen Parteischiffin Pamela Rendiwagen und Burgenlands Landeshauptmann

Hans-Peter Doskozillist. Das SPÖ Präsidium trifft sich gerade im Parlament und dort auch auf Niklas Lerch aus unserer Innenpolitik Redaktion. Guten Tag einmal.

Guten Tag. Wie stehen die Chancen denn für Kowal oder auch für andere bei der Mitgliederbefragung

einmal kandidieren zu können? Ganz gut würde ich sagen, das lässt sich aus Wortmeldungen von Mitgliedern des SPÖ Präsidiums schließen. Etwa Selma Yildirim, die im Morgen schon allgemeint

war, es müsse offen sein, bei der Befragung auch mehrere Kandidatinnen abzufragen. Und auch Franz Schnabel, der Scheidende niederösterreichische SPÖ-Chef, hat betont, er sei positiv, was weitere Kandidatinnen und Kandidaten neben der SPÖ-Versitzenden Rendiwagner und Burgenlands Landeshauptmann Doskozill betrifft. Ob dem Präsidium heute aber wirklich viel anderes übrig bleibt sei mal dahingestellt. Andere Kandidaten wie jetzt Nikolas Kowal nicht zuzulassen, wäre schon ein fatales Signal an die eigene Basis. Da würde wohl hängenbleiben,

ihr dürft zwar über die Parteiführung abstimmen, aber wer zur Wahl steht, das bestimmen immer noch wir als Parteispitze. Dennoch dürfte es schon bestimmte Hürden geben. Schnabel aus Niederösterreich hat etwa angedacht, dass Kandidaten die Unterstützung von mindestens 5% der Mitglieder haben sollen. Das würde bedeuten, dass Kandidaten wie Kowal jetzt schon im Vorfeld für Unterschriften laufen müssten. Wenn mehr als zwei Kandidaten antreten dürften, stellt sich eine weitere Frage, was ist, wenn niemand mehr als 50% der Stimmen bekommt. Gibt es dann eine Stichwahl später auf dem Parteitag? Auch hier muss das Präsidium heute Klarheit schaffen. Gibt es also Nikolas Lärcher. Danke mal wirklich für einiges zu klären. Nächste Frage, es gibt mit dem partei-linken Kowal möglicherweise eben eine dritte Option. Aber könnten jetzt noch weitere Kandidatinnen oder Kandidaten antreten wollen? Ausschließen kann man das mit Sicherheit nicht.

Kowal hat anklingen lassen, dass er kandidiert, weil er beide, Randy Wagner und Dostko Zilke ungeeignet hält. Wie viele andere an der Basis ähnlich unzufrieden mit der Auswahl sind, darüber kann halt nur spekuliert werden. Kowal hat jedenfalls gemeint, er habe in den vergangenen Tagen mit vielen telefoniert und sie singemäßig beinahe begniet, doch anzutreten. Namen hat er dabei keine genannt. Es hat sich halt offensichtlich nur niemand gefunden, der es machen will. Deshalb tritt er jetzt an. Es hat schon flammendare Begründungen für eine Kandidatur gegeben, möchte man fast hinzufügen. Fest steht, es wird auch von den partei-internen Flügeln und Landesorganisationen abhängen. Hinterren die Wagner stehen bis er die SPÖ Frauen, die roten Gewerkschaften und auch Wienbürgermeister Michael Ludwig, sein letztes wirkliches Bekenntnis zur SPÖ Vorsitzenden warbar, jedoch noch bevor Landeshauptmann

Doscuzil Nägel mitköpfen gemacht hat. Für weitere Kandidaten wird aber auch die Zeit ganz schön knapp langsam. Es hängt nun ganz entscheidend davon ab, wie die genauen Regeln und Hürden für eine Kandidatur aussehen. Jetzt soll auch noch das Burgenland Gesprächsbedarf haben, was zwei Personalien bei der Durchführung und Überwachung dieser Mitgliederbefragung eben angeht. Was hat es denn damit auf sich? Zum einen geht es da um die SPÖ Wahlkommission. Wie soll ja kontrollieren, dass bei der Befragung alles mit rechten Dingen zugeht, dass Doscuzil Lager soll jedoch erhebliche Zweifel an der Unabhängigkeit des Vorsitzenden haben, denn Harry Kopitz ist tief verwurzelt in der Wiener SPÖ, das alleine reicht offenbar schon, um Bedenken anzumelden. Wie da ein Kompromiss aussehen könnte, ist unklar, denn Kopitz und die restliche Wahlkommission sind am vergangenen Parteitag schließlich ordentlich gewählt worden. Man muss sich das schon noch einmal vor Augen führen, die mutmaßlichen Zweifel aus dem Burgenland kann man auch so lesen, dass das Doscuzil Lager Manipulation der eigenen Parteifreunde zumindest nicht ausschließt. Und die Vorbehalte aus dem Burgenland richten sich auch gegen Bundesgeschäftsführer Christian Deutsch, er ist laut Statuten für die Abwicklung der Befragung zuständig. Als Vertrauter der Parteichefin ist das für das Doscuzil Umfeld wohl ebenfalls ein No-Go. Die Befragung von 140.000 Mitgliedern ist aber wirklich keine kleine Aufgabe. Als Alternative war da auch immer wieder die Rede davon, eine Landespartei etwa kernten könnte die Organisation übernehmen. Das ist aber auch alles andere als ausgemacht. Eines zeigt die Diskussion und zwar, wie tief das gegenseitige Misstrauen zwischen den Lagern sein dürfte, auch wenn außen nach außen hin alle um Harmonie bemüht sind. Aber wo bemüht sind, man wird sich eben heute auch bemühen, nämlich um den Fahrplan, der soll heute feststehen und ebenfalls will man sich um die Klärung bemühen, ob auch neue

Mitglieder abstimmen dürfen. Weiß man da schon mehr?

Nicht wirklich. Die SPÖ ist aber in einer seit Langem für sie recht unbekanntem Situation. Seit der Machtkampf nun auch offiziell ist, soll es vermehrt neue Mitglieder geben. Die Tendenz war da ja in den vergangenen Jahren eher in die andere Richtung. Die neuen Mitglieder dürften wohl gerade deswegen in die Partei eingetreten sein, um bei der Kampfabstimmung auch teilzunehmen. Ob sie das dann dürfen, werden wir sehen. Entscheidend dürften ihre Stimme wohl nicht sein. Da geht es eher um das Symbol. Und fixiert wird heute auch, wann die Befragung startet. Ziemlich sicher, dass das erst nach der Salzburg-Wahl am 23. April der Fall ist. Die Befragung selbst dürfte wohl sicher ein Monat lang laufen. Ein Parteitag wäre dann frühestens im Juni möglich. Berichtet Niklas Leak aus unserer Innenpolitik, Redaktion und aus dem Parlament vor Beginn des SPÖ-Präsidiiums. Vielen Dank einmal. Gerne.

Nächstes Thema, die Trockenheit. Die wird auch heuer wieder ein großes Thema. Im Osten ist es schon jetzt viel zu trocken. In manchen Bezirken hat es jetzt schon wochenlang nicht mehr geregnet. Und Bezirks- und regionenmäßig gesehen auch große Probleme möglich, prognostiziert

die Wissenschaft. Man sieht jedenfalls auf die Wasserversorger zukommen wird, große Investitionen,

vor allem eben auf die Gemeinden, die weiterhin Geld von Bund und Ländern erwarten. Berichtet Halsey-Forsch. Die Klimaerwärmung ist zu spüren und könnte tatsächlich heuer punktuell Auswirkungen

auf unser Wasser haben, wenn es trocken bleibt. Helmut Habersack, Wasserexperte der Universität für Botenkultur. Punktuell ist natürlich so, dass schon nachvollziehbar ist, dass man sich da überlegen und erstärkert und auch Vorkehrungen treffen möchte. Das ist klar. Aber es ist ein gesamtes dreireites Grundproblem, dass wir die Wasserversorger nicht mehr garantieren können, glaube ich zumindest. Es ist fünf nach zwölf beim Klima, aber noch Zeit für Maßnahmen. Gleiches gilt für das Wasser, so Habersack. Die Wasserversorger müssen sich rüsten, also ausbauen. Und in Flüssen kommt eine große Bedeutung zu, sie gilt es, rückzubauen, meint der Wasserexperte. Weil rückbaue Maßnahmen natürlich dann für die Wasserversorgung das bringen, weil wir daran denken, auch Bereiche wieder anzubinden, über Flutungsflächen, an den Flächenverbrauch zu stoppen, die Versiegelung zu reduzieren und letzten Endes dann damit auch die Grundwasserneubildung wieder zu stärken. Aktuell läuft ein Projekt auf der Donau und die und zu bringen. Auen sollen revitalisiert uferrückgebaut werden, damit sich das Wasser eben besser verteilen kann. Die Planung für einen ersten Test dieser Maßnahmen startet bald. Es geht um den Uferrückbau der Paradiesinsel im Nationalpark Donauauen. Das Ziel eben mehr

Wasser in das Gebiet bringen und so das Grundwasser stärken. Bauliche und technologische Maßnahmen

können helfen und sein wichtig, sagt Habersack. Gefragt, ob die Wasserversorgung in Zukunft auch ohne Sparmaßnahmen auskommt, sagt er, man dürfe nichts ausschließen.

Es gibt Keypunkte, beispielsweise, wo dann einfach noch stärkere Trockenheitsperioden und längere Trockenheitsperioden auftreten können. Und für all diese Fälle muss man sie natürlich entsprechend vorbereiten und das genügt nicht eine Maßnahme, die ihr zusetzte, sondern es ist ein Bündel aus Maßnahmen, die kündlich überlegt werden müssen mit Berührungssetzungen und natürlich auch aus meiner Sicht den Quiz-Sprayer unter betroffenen Bevölkerung.

Finanziell zuständig für die Wasserversorgung sind Bund, Land und Gemeinden. Die Ausführung liegt bei der kleinsten Ebene. Vom Gemeindebund hieße schriftlich, man nehme die großen Herausforderungen

bei der Wasserversorgung durch die zunehmenden Starkregenereignisse, Hochwassersituationen oder Tüveaar und weiter. Nicht zuletzt deswegen, aber auch durch neue Vorgaben des Bundes ist eine solidarische Finanzierungsunterstützung durch Bund und Länder weiterhin unerlässlich für die Wasserversorgung.

Eine konkrete Forderung für mehr Bitschee im Vorfeld der Finanzausgleichsverhandlungen gibt es aber nicht und dass obwohl die Bevölkerung wächst, wir mehr Wasser brauchen, wenn es heißer ist und die Trockenheit, die Wasserversorgung ebenfalls beeinflusst.

Und wir begrüßen uns im Studium Georg Strasser, dem Präsidenten des ÖVP Bauernbunds und erst auch ÖVP Landwirtschaftsprecher und Nationalheitsabgeordneter. Guten Tag.

Guten Tag, Herr Diplomenschöner. Strasser, das haure Gejahr wird schon wieder zu trocken, das weiß man jetzt schon, es hat heuer schon einmal sehr trocken begonnen und dann sieht mir jetzt schon, es wird zu Problemen kommen. Beginnen wir mit einem Beispiel, im Seewinkel zum Beispiel trockeneten die Gewässer aus. Gleichzeitig wird aber sehr stark bewässert werden. Die Kartoffeln und der Mais sind ihre Bauern im Sommer dann bereit, weniger zu bewässern.

Um konkret gleich den Seewinkel anzusprechen und das Ausdrucken des Zigs ist und die Themen, die da gemeinsam mit der Landwirtschaft kommuniziert worden sind, aus fachlicher Sicht sind der Zigsee und auch der Grundwasserspiegel dort, wo die Bauern das Bewässerungswasser hernehmen, zwei unterschiedliche Systeme, die hängen nicht zusammen, das heißt die Ausdrückung des Zigsee hat mit der Bewässerung in der Region nichts zu tun. Aus einem Blick auf ganz Österreich werden in Österreich 6% der Fläche, der landwirtschaftlichen Fläche bewässert. Das ist ein sehr kleiner Prozentzeit und es werden lediglich Sonderkulturen, Obst, Gemüse oder die Kartoffel bewässert. Und es ist im ureigensten Interesse der Bauern und Bauern dort so wenig Wasser wie möglich einzusetzen, weil das ja natürlich auch ein wirtschaftlicher Faktor ist. Und zudem gibt es sehr strenge Regelungen im Bereich des Wasserrechtsgesetzes, würde dort eine Entnahme zu einem Absinken und einer Gefährdung des Trinkwassers sozusagen drohen, dann wäre eine Behörde gefordert, sofort diesen Umstand abzustellen. Die Frage ist, ist die Landwirtschaft bereit zu verzichten zum Beispiel, großflächige Bewässerungen tagsüber in der Hitze nicht mehr zu machen, sondern erst in der Nacht zu bewässern. Wäre das ein Vorschlag, dem Sie folgen könnten? Diesen Vorschlag kann man auf jeden Fall folgen und möchte erwähnen, dass genau diese Umstände, der Zeitpunkt der Bewässerung auch, Teil einer Anlagen und einer Bewässerungsgenehmigung sind.

Gut. Die Studie Wasserschatz Österreich hat will den Wasserverbrauch messen und sagt, es gibt zu wenig Daten. Eine Abhilfe, es könnte beispielsweise verpflichtende Zähler bei Grundwasserentnahmen geben, es könnte zu besseren Daten führen. Wäre das für Sie ein gangbarer Weg? Ganz genau, das ist das Ziel auch von

unserem Minister, der für das Wasser zuständig ist, Norbert Totschnick. Man will in Wahrheit die Datengrundlage auch in der Prognose der Entwicklung der Grundwasserpegel besser in Griff bekommen, um letztendlich auch Berechnungssysteme anzulegen, um Grundwasserknappheit früher

zu erkennen. Aber dazu wird es auch notwendig sein, zusätzlich in die Infrastruktur zu investieren und auch die Bevölkerung gemeinsam mit den Bauern zum Wassersparen zu animieren.

10 Prozent wird geschätzt gehen mit Wasserleitungen verloren, einem Studie übrigens Georg Strasser,

Präsident des ÖVP, Bauernbundesjahr Strasser. Die Bio-Bauern erzeugen erneuerbares Gas, das Bio-Gass soll auch zum Heizen verwendet werden. Gibt es Interesse der Bauern, das Erneuerbaren Wärmengesetz sozusagen aufzuschieben, dass Gasheizungen zum Beispiel weiterhalten

bleiben könnten für Bio-Gass?

Also kommentieren kann ich dort den Bereich Grünes Gas. Es gibt aktuell einen Vorschlag, der in Begutachtung ist, wo eine Perspektive für die Bio-Gass-Branche, für das Grüne Gas, wo auch der erneuerbare Wasserschiff dazukommt, gebaut wird. Unser Ziel ist es bis 2030, 7,5 Terawattstunden, das sind circa 7,8 Prozent des österreichischen Gasaufkommens aus eigener Kraft zu produzieren, um damit die strategische Unabhängigkeit, zum einen von russischen Gas, aber auch zum anderen, um unsere Klimabilanz zu verbessern. Ein ambitioniertes

Ziel, das wir aber erreichen können, wenn wir es wollen.

Können Sie sich aber vorstellen, dass man von diesen Monokulturen für Bio-Gassproduktion zum Beispiel weggeht?

Es ist jetzt schon vorgezeichnet, dass das Bio-Gass nur mehr aus Reststoffen, aus der Landwirtschaft, aus der Lebensmittelindustrie, aber auch aus der kommunalen Entsorgung überwiegend

kommen soll. Das heißt, die Zeit, wo nur mehr Silomais in die Gasanlagen eingefüllt worden ist, die gehört der Vergangenheit an. Es ist notwendig, Nachhaltigkeitskriterien auf den Anlagen zu etablieren. Das geschieht bereits. Und das ist auch im kommenden, in diesem Gesetzesvorschlag grünes Gas, fest so verankert.

Das heißt, Sie sind ja auch ÖVP-Abgeordneter und der Bundeskanzler hat, oder ob man hat ja neulich eine Rede gehalten, darin enthalten, Fleischkonsum oder Auto zu verbieten, sind für den Kanzler keine Antwort der Klimakrise zu begegnen. Die Diskussion über den Klimawandel hat für Nehammer seltsame Formen angenommen. Der Kanzler hat das Gefühl, man muss sich sogar dafür entschuldigen, dass man auf der Welt ist. Wie haben Sie diese Rede gehört?

Sind Sie da nicht auch so erschrocken wie zahlreiche, die sich mit dem Klimaschutz beschäftigen?

Ich bin absolut nicht erschrocken, weil ich sehe aktuell schon eine gewisse Missinterpretation seiner Programme und ich kenne ja die Programme. Also wir haben das Problem erkannt, wir wollen den Klimawandel und wir müssen den Klimawandel bekämpfen und wir sind auch schon am Weg dorthin. Wir setzen aber entgegen anderen Gruppen auf technologische Veränderung, auf technologische Transformation. Wir wollen die Menschen mitnehmen auf diesem Weg und wenn ich da speziell in die Landwirtschaft hineinschaue, unser Beitrag zum Beispiel zu den grünen Treibstoffen, unser Beitrag zum grünen Gas, unser Beitrag zu einer nachhaltigen Landwirtschaft, das sind alles Belege, dass der Bauernbund, dass die ÖVP den Klimawandel ernst nimmt, aber dass wir die Menschen mit auf den Weg nehmen müssen.

Aber sehen Sie auch, dass es keinen wissenschaftlichen Beweis für diese Untergangsapokalypse, die gezeichnet wird, gibt?

Also man kann sozusagen Ziele oder Apokalypsen in die eine oder in die andere Richtung diskutieren,

uns ist es wichtig, Lösungen Schritt für Schritt auf den Tisch zu bringen. Ja, wir brauchen

mehr Tempo, aber ja, auch im Programm der Bundesregierung sind noch große Schritte zu machen und die sollen in den nächsten Monaten und im nächsten Jahr einfach umgesetzt werden. Sie aus Niederösterreichern auch die Abschlussfrage, es gibt im Niederösterreichischen Arbeitsübereinkommen

zwischen den ÖVP und den CFP natürlich ein klares Bekenntnis zum Individualverkehr. Man werde dem Bund in die Pflicht nehmen, bereits beschlossene Straßenbau-Projekte umzusetzen, sagen Michael Eitner und Landbauer. Ist das wirklich 2023 und wirklich sinnvoll? Ich war Bürgermeister der Klimaschutz.

Ich war in Niederösterreich Bürgermeister, kleine Gemeinde im südlichen Waldviertel und ich weiß seit 10, seit 15 Jahren, dass Niederösterreich, das Land Niederösterreich gemeinsam mit den Gemeinden in den Regionen ganz intensiv am öffentlichen Verkehr arbeitet. Das ist das eine. Aber die ländliche Bevölkerung wird korrespondierend zu diesem öffentlichen Verkehr den Individualverkehr brauchen und da fordern wir einfach eine technologieoffene Diskussion. Es kann das Elektroauto eine Option sein, aber es soll auch in Zukunft mit grünen Treibstoffen betriebene Verbrennungsmotoren entweder aus den E-Fuels oder aus biogenen Quellen eine Zukunft haben.

Sagt Herr Kschlasser, Präsident des ÖVP Bauernbundes. Vielen Dank für den Besuch im Studio. Von Wasserproblemen zudem in der Luft, die Fürstalt Pina ist österreichsgrößter CO₂-Emitant. Kein anderes Unternehmen stößt zu viele Treibhausgase aus, wie der Konzern mit seinen Hochöfen Linz und Donawitz. Aber auch die Fürstalt Pina will bis 2050 CO₂-neutral werden, denn die globalen Klimaziele bringen auch die Industrie unter Druck. Bei einer Aussichtsratssitzung der Fürstalt Pina wurden daher gestern Weichen gestellt, um den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Im ersten Schritt sollen zwei von insgesamt fünf Hochöfen auf Elektroöfen umgestellt werden. Die Emotionen sollen dadurch um fast ein Drittel sinken, berichtet Maria Kern. 2021 wurden in Österreich 77 Millionen Tonnen an CO₂ ausgestoßen, 12 Millionen Tonnen davon in vielen allein auf die Fürstalt Pina. Der Stahlkonzern ist somit für rund 18 Prozent des bundesweiten Treibhausgasausstoßes verantwortlich. Die Klimaziele gelten aber auch für die Fürstalt

Pina. Dazu bekannte sich Konzernchef Herbert Albensteiner heute Vormittag auch einmal mehr. Wir haben natürlich auch uns klar dazu bekannt, bis 2050 die Klima-Neutralität anzustreben. Gelingen soll das, in dem bis 2050 alle fünf Hochöfen des Konzerns durch Elektroöfen ersetzt werden. Für den ersten Schritt hat der Aufsichtsrat gestern die entsprechenden Weichen gestellt. Wir möchten ab 2027 die ersten zwei Hochöfen in Linz und in Donawitz durch eine grünstrombasierte

Elektrofentechnologie ablösen. Damit könne der CO₂-Ausstoß um 30 Prozent gesenkt werden, so Albensteiner. Diese 30 Prozent CO₂-Einsparung bedeuten eigentlich fünf Prozent der Gesamtemissionen

in Österreich. Die Kosten für den Tausch der Öfen beziffert er mit 1,5 Milliarden Euro. Dafür fordert er Unterstützung durch die öffentliche Hand und argumentiert das so. Es ist das größte Klimaschutzprojekt oder Klimaschutzprogramm in Österreich und wir gehen davon aus, dass es gefördert

wird. Förderungen für derdige Projekte seien von der EU vorgesehen. In Österreich gebe es dafür auch bereits einen entsprechenden Fonds, der mit 3 Milliarden Euro totiert sei, so Albensteiner. Bei der Frage, wie viel an Förderung er erwarte, blieb er Waage. Wenn wir uns die generellen

Förderrichtlinien ansehen, dann ist eine Gesamtförderung aller Projekte im mittleren zweistelligen bis oberen zweistelligen Millionenbereich möglich. Konzern kennen sprechen davon, dass mit einer Förderung von unter 100 Millionen Euro zu rechnen sei. Die Gesamtkosten belaufen sich, wie erwähnt, auf 1,5 Milliarden Euro. Das betrifft aber nur den Austausch der ersten zwei Hochöfen. Ab 2030 sollen zwei weitere ersetzt werden und spätestens 2050 soll der letzte, mit Kohle und Koks befeuerte Hochofen der Fürstalbine heruntergefahren werden, so zumindest der Plan im Jahr 2023. Freigelegte Becher zur Bahne Kühlrippen, Trinkbrunnen, Sonnenschutz, Unterstände oder öffentliche Uhren. Die Mobilierung an der Stadt wird zwar kaum bewusst wahrgenommen, prägt sie aber doch weit mehr als ihr Erscheinungsbild. Wie sie heute und damit werden wir beim Hinweis heute in Punkt 1 erfahren und diskutieren können gleich nach den Mittagsschnellen. Damit nach Großbritannien, der ehemalige britische Premierminister Boris Johnson kämpft heute um sein politisches Weiterleben. Vor einem Parlamentsausschuss muss er sich gegen Vorwürfe verteidigen, die Abgeordneten bewusst in der sogenannten Party-Gate-Affäre angelogen zu haben. Sollte ihn der Ausschuss für Schulden befinden, drohte eine Suspension, Johnsons, die zum Verlust seines Abgeordneten Mandats führen könnte, berichtet das London-Jörg Winter. Die Polit-Show startet heute Nachmittag. Wir stundenlang werden Mitglieder des Parlamentsausschusses, den ehemaligen Premierminister in Westminster grillen, vielleicht auch länger, alles live im TV übertragen. Für Johnson geht es um nicht weniger als die Zukunft seiner politischen Karriere. Dass er, obwohl mittlerweile nur einfacher Abgeordneter in die Downing Street als Premierminister zurückkehren will, daran lässt er kaum Zweifel. So unwahrscheinlich das derzeit auch erscheinen mag. Damit das überhaupt möglich wäre, muss er auf einem gewählten Abgeordnetenmandat sitzen und genau das könnte er verlieren, sollte ihn der Parlamentsausschuss und anschließend per Votum das Parlament der Lüge bezichtigen. Dass Boris Johnson über mehrere Parties im Regierungssitz in der Zeit der Lockdowns vor den Abgeordneten falsche Angaben gemacht hat, das hat er selbst eingeräumt, aber einen Vorsatz stricke zurückgewiesen. Ich habe das Parlament nicht wissentlich in die Irre geführt und deshalb bin ich auch nicht der Missachtung der Parlamentarier schuldig. Der ganze Prozess wird meine Unschuld beweisen. Ein vorläufiger Bericht des Ausschusses hatte Johnson sofort klar belastet. Darin heißt es, die Beweise deuteten darauf hin, dass es für den damaligen Regierungschef offensichtlich gewesen sein muss, dass bei den illegalen Lockdownfeiern in der Downing Street Corona-Regeln gebrochen wurden. Johnson hat das bestritten, er habe nicht wissen können, was die späteren Ermittlungen zu den Parties zutage befördern würden, lautet grob gesprochen, seine Verteidigungslinie. Der parlamentarischen Kommission wirft davor, parteiisch zu sein und sich auf Behauptungen mittlerweile diskreditierter, ehemaliger Mitarbeiter von ihm zu stützen. Sollte die Untersuchungskommission Johnson für schuldig befinden, sind die Mitglieder im Unterhaus am Zug, sie müssen abstimmen, auch über etwaige Strafmaßnahmen gegen ihn, die bis zum Ausschluss aus dem Parlament führen können. Sein Partei in der Gegenspieler, Premierminister Ritchie Sunak, hat eines bereits klar gemacht, er werdet Johnson, nicht zur Hilfe kommen. Das betrifft Boris Johnson persönlich, er muss sich dem Ausschuss stellen, das ist eine Sache des Parlaments und nicht etwas, mit dem ich mich als Regierungschef beschäftige. Ein

weiterer politischer Dampfer, Johnsons, käme dem Premierminister gelegen, stand Ritchie Sunak in letzter Zeit doch immer wieder in politischen Stürfeuer seines Vorgängers. Der liebt vor allem eines, die öffentliche Inszenierung. Mittlerweile, als beehrter Redner, dessen Auftritte ihm nach Ausscheiden aus dem Premierministeramt seit September mehr als 4 Millionen Pfund

eingebraucht haben. Johnson profitiert von markigen Sprüchen und Kritik an der Linie der eigenen Regierungspartei. Sein politischer Stern mag im Sinken sein, das Geschäft läuft jedoch bestens. Damit nach Deutschland dort regiert er die Ampelkoalition, also eine Dreierkoalition aus SPD, Grünen und FDP. Schon von Anbeginn an war ja die Frage, wie diese drei Parteien unter einen Hut zu bringen sein werden. Solange der viel zitierte anfängliche Zauber dem Ganzen noch inne wohnte, war das kein Problem. Mittlerweile aber schon. Und das hat nun den Grünen Wirtschaftsminister Robert Habeck zu einer Art Brandrede gegen seine eigenen Koalitionspartner animiert, berichtet aus Berlin, Andreas Pfeiffer. Eigentlich könnte die Zeit ja für Robert Habeck arbeiten. Gerade erst hat der Weltklimarat das Minitel der Erderwärmung wieder eindrucksvoll an die Wand

gezeichnet. Doch seine eigenen Koalitionspartner arbeiten dagegen, gegen das grüne Nein zum Verbrenner aus, gegen den vorgezogenen Kohleausstieg, gegen das Verbot ab 2024 neue Gas- und Ölheizungen

zu installieren. Deshalb ist Robert Habeck nun einmal der Kragen geplatzt. Es kann aber nicht sein, dass in einer Fortschrittskoalition nur einen Koalitionspartner für den Fortschritt verantwortlich ist und die anderen für die Verhinderung von Fortschritt. Für eine Bundestagswahl, die nachher die Politikerinnen und die Politiker belohnt, die am wenigsten Probleme gelöst haben, ich glaube, da haben wir ja keinen Bock drauf. Eigentlich steht der zügige Umstieg auf erneuerbare Energien im Koalitionsvertrag. Doch die FDP bremst und verlangt statt grünen Verboten etwa den Ausbau von Autobahnen. Christian Dürr, Fraktionsvorsitzender FDP. Also das Ziel ist nicht gegenseitig, sich auflaufen zu lassen, das Ziel ist gemeinsam was zu erreichen. Deswegen sollte man, glaube ich, nicht verbote aussprechen, das verunsichert Menschen und wird am Ende auch nicht den Klimaschutz retten. Die Kanzler SPD hingegen duckt sich ein wenig oder begehrt auf, vor allem im deutschen Osten. Dem grünen Vorschlag, den Kohleausstieg von 2038 auf 2030 vorzuziehen, kann der Brandenburger SPD-Ministerpräsident Dietmar Woiwke nichts abgewinnen. Die Ausstiegspläne, die höre ich ja jeden Tag. Was mich viel mehr interessiert, ist die Frage, wo kommt der Strom her? Und ich kenne erst recht kein Konzept, wie Energieversorgung

in Deutschland eine bezahlbare Energieversorgung sein soll. Das Klimaschutz seinen Preis hat, scheint allen bewusst. Dass ihn seine Koalitionspartner anscheinend nicht bezahlen wollen, treibt Robert Habeck die Zornesröte ins Gesicht. Zu sagen, wir wollen 2045 klimaneutral werden, Leute baut mal noch ein paar Gasheizungen ein, ist einfach nicht möglich. Das ist eine Lüge. Jetzt muss man ja nur ein bisschen rechnen, um zu sagen, oh, eine Gas- und Ölheizung, die ich im Jahre 22, 23 kaufe, die passt nicht zu den Klimazielen. Das ist ja ein Widerspruch. Wenn man eine Regierung

haben will, die Widersprüche nicht auflöst, dann sollte man sich überlegen, was man eigentlich von Politik erwartet. Man wird es sich wohl bald überlegen müssen. Am Wochenende will die Regierung über Klimaschutzprojekte und ihre Finanzierung entscheiden. Daran wird sich dann auch ablesen lassen, ob nach Habeckstirade die politische Energie der Ampelkoalition

erneuerbar

ist oder aber verpufft. Wir bleiben in Deutschland und da hat sich zwar die Wirtschaft besser entwickelt, das zuletzt noch vermutet. Die Lage bleibt aber angespannt, obwohl die Rezession ausgeblieben ist. So fällt der Befund der deutschen Wirtschaftsweisen aus. Das hauptet wie nach wie vor die hohe Inflation, wie Andrea Siele berichtet. Das Leben ist teuer, die Preise steigen und das dämpft den Konsum. Wegen steigender Zinsen wird weniger investiert und das

bremst den Aufschwung. Der deutsche Wirtschaftsmotor kommt nur langsam wieder in Gang, sagt die

Ökonomin Munika Schnitzer. Insgesamt erholt sich die Konjunktur langsam. Das liegt vor allem am schwachen Konsum und an den schwachen Investitionen. Aber die noch im Herbstbefürchte der Rezession

konnte gerade noch abgewendet werden. Statt einer schrumpfenden Wirtschaft gibt es ein leichtes Plus. In unserem Konjunktur Update brauchen wir für dieses Jahr ein leichtes Wachstum des Porto Inlands Produkts um 0,2 Prozent. Für das kommende Jahr rechnen wir mit einem moderaten Wachstum von 1,3 Prozent. Sagt Munika Schnitzer, sie ist derzeit die Vorsitzende der fünf Wirtschaftsweisen

in Deutschland. Die deutsche Wirtschaft wird zwar weiterhin durch die hohen Energiepreise belastet.

Sie hat sich jedoch im Winterhalbjahr gegenüber der Energiekrise recht widerstandsfähig gezeigt. Aber die hohe Inflation bremst das Wachstum. Die Europäische Zentralbank versuchte eben gegenzusteuern und hat die Zinsen angehoben. Das wirkt sich aber noch nicht gegen die Teuerung aus, sondern bringt vorerst noch negative Effekte. Um die hohe Inflation einzudämmen, hat die EZB die Zinsen schrittweise angehoben. Dadurch haben sich die Finanzierungsbedingungen für Haushalte und Unternehmen verschlechtert. Das wirkt sich negativ aus Konsum und Investitionen aus.

Positiv entwickelt sich hingegen der Arbeitsmarkt. Trotz der angespannten wirtschaftlichen Lage bleibt die Arbeitslosenquote überschaubar und stabil. Mehr Menschen finden einen Job, sagen die Wirtschaftsweisen. Relativ gut ist Deutschland bisher durch die Energiekrise gekommen. Die Versorgung hat sich stabilisiert, begünstigt auch durch den milden Winter. Die Krise sei aber noch nicht vorbei. Die Wirtschaftswissenschaftlerin Ulrike Malmendier und Weronika Grimm.

Intern haben wir unser Konjunkturupdate betitelt, ein milder Winter macht noch keinen Frühling. Auf

die Inflation übertragen könnte man sagen, milde Energiepreise machen noch keiner Geldwertstabilität.

Für den Winter 2023-2024 bleibt jedoch die Gefahr erneuter Preissprünge oder gar einer Gasmangellage durchaus bestehen. Zwar wurde der Durchschnittsverbrauch der vergangenen Jahre EU-weit reduziert, ungefähr 15 Prozent in den meisten Ländern. Aber die Einsparungen gingen zum großen Teil auf industrielle Verbraucher zurück. Die aktuellen niedrigen Energiepreise dürften nun aber dazu führen, dass der Anreiz zum Energiesparen schwächer ist. Die Energiekrise ist also noch längst nicht vorbei. Die Wirtschaftsweisen verweisen deshalb mit Nachdruck darauf, dass Energiesparen auch weiterhin wichtig und notwendig sei. Kurzer Programmhandweis um den tiefen Fall der Kredis wiss und dessen Folgen geht es heute in der Journal Panorama

Mietwochrunde Volker Obermeyer diskutiert da mit dem ehemaligen Präsidenten der Nationalbank Ewald Norboldney mit Finanzmarkt, Daniel Lüst-Peter Pressenscherk und auch unsere Schweizkorrespondente Marion Vlazmese wird zugeschaltet seit nämlich heute Abend um 18.25 Uhr,

also gleich nach dem Abendjournal. Damit noch mal innen Politik. Ab April werden die Richtwertmieten kräftig erhöht. ÖVP und Grüne konnten sich ja bisher nicht darauf einigen, was sie dagegen unternehmen sollen. Bis heute gibt es eine Einigung. Allerdings, die Mieten werden kräftig steigen. Die Vermieter können also aufatmen. Die Steuerzahle weniger, denn die ÖVP hat sich mit ihrem Vorschlag eines zusätzlichen sozial gestaffelten Wohnkosten Zuschusses für alle Wohnrechtsverhältnisse durchgesetzt. Zusätzlich wird das Geld für einen Wohnschirm der Menschen vor der Delosierung schützen soll geben. Wie Peter Dase berichtet.

Insgesamt geht es um 250 Millionen Euro, davon 225 für einen Wohnkostenzuschuss. Das Geld bekommen die Bundesländer je nach Einwohnerzahl und sie können es dann nach ihren jeweiligen Kriterien verteilen, also zum Beispiel nach dem Einkommen oder nach der Zahl der Menschen, die in einem Haushalt leben. Das entspricht dem jüngst geäußerten Vorschlag der Volkspartei. Klubobmann August Wöginger von der ÖVP sagt, warum ist es letzten Endes zu dieser Einigung gekommen, weil es sozial gerechter ist aus unserer Sicht und weil es zielgerichteter ist, weil alle Menschen mit niedrigen Einkommen davon profitieren werden, egal ob man in einer Richtwertmitte mitten Wohnung ist oder ob man in einem freien Mitverhältnis eine Wohnung mittet oder auch ob man in einem kleinen Häuschen oder in einer kleinen Eremdungswohnung ist und ein niedriges Einkommen bezieht. Dieser Zuschuss wird für alle per Antragsystem möglich sein. Die Mietpreisbremse für Richtwertmitten, deren Wunsch der Grünen war, ist damit vom Tisch. Die Kosten der Mietpreisbremse wären von den Vermietern zu tragen gewesen. Die Kosten für den neuen Wohnzuschuss trägt nun die Allgemeinheit aus dem Steuertopf. Keine Rede ist mehr von einer Befreiung von der Grunderwerbsteuer für die erste Immobilie. Neu dazu gekommen ist dagegen ein Wohnkostenschirm bzw. 25 zusätzliche Millionen dafür. Sie sollen verhindern, dass jemand delogiert wird, weil er oder sie die Miete nicht zahlen kann. Sozialminister Johannes Rauch von den Grünen sagt, wir reden davon allen auch von Frauen mit Kindern oft von Alleinerzieherinnen.

Jede Delogierung ist ein traumatisches Ereignis und diese Ereignisse zu verhindern ist die Zielsetzung dafür in ein paar Zahlen dazu nennen. Wir haben damit bislang über 7000 Personen unterstützt. Es geht nicht nur um die Wohnkosten, es geht seit Ersten auch um die Energiekosten. Es geht auch darum, dass jemand nicht das Gase abgedreht wird, nicht das Strom abgedreht wird, nur weil er nicht in der Lage ist, die aktuelle Rechnung zu begleichen.

Morgen sollen die neuen Zuschüsse im Finanzausschuss des Nationalrats behandelt werden. Der Beschluss ist dann nächste Woche im Plenum geplant. Der Bundesrat tritt mit dem April zusammen. Danach können die neuen Regelungen in Kraft treten.

Berichtet ganz aktuell Peter Dase über die Einigung auf eine Wohnkostenhilfe.

In der Corona-Pandemie hat der Staat etwa mit den Corona-Hilfen im Teuerungsausgleich oder etwa der Strompreis Bremse viel Geld bereitgestellt. Bei den Förderungen legt Österreich demnach auch im Spitzenfeld der EU, der wird das Liberale Finktanger-Gender ausrekritisiert und das Fall im Unternehmen weiterhin zu viel staatliche Unterstützung bekommen, wie Fabian Graber berichtet.

Krisen machen erfinderisch und im Falle von Österreich spendabel. Laut Finanzministerium hat Österreich in den Corona-Jahren 2020 und 2021 jeweils über 34 Milliarden Euro an Förderungen ausgezahlt. Pro Einwohner sind das fast 4.000 Euro. Damit liegt Österreich im Spitzenfeld der EU, das hat auch schon Eurostat festgestellt. Der wirtschaftsliberale Finktanger-Gender

Austria kritisiert, dass die Regierung die hohen Förderungen als Erfolg sieht und nach der Pandemie an der Förderpolitik festhält. Ökonom Marcel Götthardt. Das erinnert einen jetzt dann doch schon wieder relativ stark an die Gegenwart, wo eben dann im Rahmen der Anteuierungsmaßnahmen das

auch scheinbar ins Logan ist, dass man ganz gerne am meisten fördern möchte innerhalb der EU. Teilweise sei aber zu viel gefördert worden. Etwa wenn Firmen gleichzeitig Geld für Kurzarbeit und einen Ersatz für das entgangene Geschäft bekommen haben. Und laut Götthardt gibt es auch erste Anzeichen, dass die Förderungen für Unternehmen während der Corona-Pandemie ihre Wirkung verfehlt haben. Denn im letzten Jahr seien etwa die Insolvenzen wieder stark gestiegen. Und

auch mit Blick auf die hohe Inflation sei die staatliche Unterstützung oft nicht treffsicher, sagt der Ökonom. Gerade im Rahmen der Anteuierungsmaßnahmen leuchtet es, glaube ich, jedem ein,

dass man einen Gutverdiener nicht auch noch zusätzlich mit einer Strompreisbremse oder mit einem erhöhten Klimabonners unterstützen muss. Problematisch sei auch, dass manche Förderungen

auf Kosten der Umwelt gehen. Hilfen für energieintensive Unternehmen oder Steuerbefreiungen per Kerosin machen laut Agenda Austria hunderte Millionen Euro aus und schaden dem Klima. Ökonom Götthardt fordert daher eine Förderbremse, die von Finanzminister Magnus Brunner von der

ÖVP umzusetzen sei. Man kann auf diesem Niveau nicht weiter tun, da muss man schauen, dass man wieder auf die alten Zahlen einmal zurückkehrt und die dann nicht mehr so schnell ansteigen lässt. Außerdem müsse die Regierung die Folgen der vielen Förderprogramme besser untersuchen und auch

im Krisenfall genau prüfen, wer überhaupt Unterstützung benötigt. Apropos genau prüfen, die gibt für Ordeaffäre in der Kurie der niedergelassenen Ärztin Wien, sagt seit Wochen für Turbulenzen in der Wiener Ärztekammer, vor allem in der Fraktion von Ärztekammerpräsident Johannes Steinhardt, der Vereinigung österreichischer Ärzte. Zuletzt ist ein Versuch von Steinhardt unterstützt an knapp gescheitete neuen Kurienobmann und Fraktionskollegen Erik Rendel-Huber abzusetzen. Huber hatte die Äquipe für Ordeaffäre angezeigt und vor allem auch Publik gemacht. Unterdessen geht die von ihm beauftragte Aufklärung weiter, die Recherchplattform Dossier berichtet.

Es gibt eine neue Anzeige, mehr von Peter Pichler. Insgesamt wurden bisher in der Fähre rundum die

Ärztekammertochterfirma, Äquipe vor Ort, die drei Manager und ein Kammermitarbeiter entlassen. Die Staatsanwaltschaft Wien ermittelt rund um Millionenkredite und Prämienzahlungen wegen des Verdachts auf Untreue gegen drei Beschuldigte. Auch Kammerintern wird derzeit noch versucht, die Vorwürfe detailliert zu untersuchen. Mehrere Anwaltskanzleien sind mit der internen Aufklärung beschäftigt. Eine Spur führt hier offenbar zum Ärztekammerwahlkampf im

vergangenen Jahr. Wie die Rechercheplattform Dossier berichtet, hat eine der Anwaltskanzleien vor kurzem eine weitere Sachverhaltsdarstellung bei der Staatsanwaltschaft eingebracht. Dabei geht es um eine IT-Firma, mit der die Äquipe vor Ort eine gemeinsame Firma gegründet hat, zum Vertrieb einer Software für niedergelassene Ärzte. Laut Anzeige soll der Vertrag allerdings sehr zu Ungunsten der Äquipe vor Ort ausgefallen sein. Diese verzichtete auf Gewinausschüttungen, zahlte aber unter dem Titel Marketingzuschuss einseitig 240.000 Euro in die Firma. Für 400 Softwareprobelizenzen zu je 600 Euro. Laut Anzeige berufen sich die beschuldigten Äquipe vor Ort im Manager darauf, hier im Auftrag von Ärztekammerpräsident Johannes Steinhardt gehandelt zu haben. In der Anzeige wird außerdem der Verdacht erhoben, dass diese Lizenzen unter Wiener Ärzten verschenkt worden sein sollen, womöglich als Wahlkampfgeschenke für den Kammerwahlkampf der ÖVP nahm, Vereinigung österreichischer Ärzte und Ärztinnen, liest es Steinhardt. Steinhardt war wegen der laufenden Ermittlungen zu keiner Stellungnahme bereit. Sein Generalsekretär, der ehemalige ÖVP-Gesundheitssprecher Erwin Rasinger, ordet eine Schmutzkübelkampagne gegen Steinhardt. Zuletzt gab es rund um die Äquipe vor Ort die Vorwürfe seitens der Steinhardt-Unterstützer, allen voran Rasinger, Versuche, Steinhardts-Fraktionskollegen und Nachfolger als Kurierchef Erik Rendl-Huber, der die Aufklärung in der Kauser veranlasst hatte, abzusetzen. Auch ein geplanter Kammerinterner Äquipe vor Ort die Untersuchungsausschuss sollte abgesagt werden. Wie der Machtkampf ausgeht, bleibt abzuwarten. Eine überparteiliche Initiative hat vor kurzem eine Online-Petition in der Wiener Ärzteschaft verschickt. Unter dem Titel Aufdecken statt Zutecken wird hier für einen Verbleibhubers und für die Durchführung des Urschusses plädiert. Und 150 Ärzte sollen in den letzten Tagen die Petition unterschrieben haben. Die Äquipe vor Ort der Affäre geht also weiter, wie Petra Pieckler berichtet hat. Bei Krebserkrankungen werden die Therapiemöglichkeiten laufend besser, aber Behandlungen wie Chemotherapie oder Strahlentherapie können schwerweg in den Nebenwirkungen haben, etwa die eingeschränkte Fruchtbarkeit oder überhaupt der Verlust der Fertilität. Es gibt mittlerweile medizinische Möglichkeiten den Betroffenen einen späteren Kinderwunsch zu erfüllen. Die Kosten dafür müssen die Patientinnen und Patienten aber selbst tragen, wie Marlene Novartner berichtet. Eine Möglichkeit dem Patientinnen und Patienten einen späteren Kinderwunsch zu erfüllen ist, Spermata oder Eizellen einzufrieren. Bei Männern sei das ein relativ einfacher Vorgang, sagt die Reproduktionsmedizinerin Bettina Bötcher von der Medizinischen Universität Innsbruck. Bei Frauen sei das aufwendiger, hier müsse wie bei einer künstlichen Befruchtung hormonell stimuliert werden, bevor Eizellen entnommen werden können. Hierfür braucht man allerdings 10 bis 14 Tage Zeit und beim Bannchen Krebsarten haben wir diese Zeit nicht. Zum Beispiel bei einer Leukämie muss die Chemotherapie sehr schnell begonnen werden. Eine weitere Option ist eine Hormonbehandlung, die die Eierstöcke in eine Art künstlichen Wechsel bringt, um sie zu schützen. Werden die Hormone abgesetzt, kann ihre Funktionsfähigkeit zurückkehren. Bei Frauen kann auch über eine Bauchspiegelung Eierstockgewebe entnommen und eingefroren werden. Nach Ende der Therapie werde dieses Eierstockgewebe wieder eingesetzt, sagt der niedergelassene Gynäkologe und Reproduktionsmediziner Julian Marschallek. Das wächst dann wieder an, produziert wieder körpereigene Hormone und damit kann man auch schwanger werden. Und weltweit sind

eben in Bezug auf diese Optionen schon über 200 Kinder auf die Welt gekommen von Frauen, die aber schon im Wechsel waren. In Österreich sind alle Fruchtbarkeitserhaltenden Maßnahmen von den Betroffenen selbst zu zahlen. Die Krankenkassen übernehmen die Kosten dafür nicht. Für viele kämen diese Maßnahmen daher nicht in Frage, sagt Bettina Bötcher. Wir reden eben über Frauen und Männer im Alter von 20 bis 30, 35, die noch nicht gesettelt im Berufsleben stehen, sondern eben noch in der Ausbildung sind und für diese Kosten nicht aufkommen können. Bei Jugendlichen müssten die Eltern für die Kosten aufkommen und die können sich auf einige 1000 Euro belaufen. Etwa 1800 Menschen im reproduktionsfähigen Alter seien in Österreich jedes Jahr mit einer solchen Diagnose konfrontiert, sagt Julian Marschallek. Ersteiler einer Arbeitsgruppe, die sich bei Gesundheitsministerium, Dachverband der Sozialversicherungsträger und IVF on dafür einsetzt, dass die Kosten übernommen werden. In Deutschland ist das seit zwei Jahren der Fall. In Deutschland ist es schon so, dass wenn eine medizinische Indikation besteht, dann zahlen das die Krankenkassen. Und dahin wollen wir natürlich auch. Vom Gesundheitsministerium heißt es auf Anfrage von Ö1, dass man aktuell über eine Anpassung der Indikationsliste verhandle, nicht nur Krebsbehandlungen, auch Autoimmunerkrankungen oder bestimmte Erbkrankheiten können die Fruchtbarkeit einschränken. Das heißt, der österreichische IVF könnte nach einer Gesetzesänderung 70 Prozent der Kosten einer Spermien- oder Eizellenentnahme tragen. Eine Kostenübernahme für das Einfrieren und Lagern stehe aber nicht zur Debatte. Soweit der Stand der Dinge von Marlene Novotny. Apropos Stand der Dinge, dass der Wald gut für unsere Gesundheit ist, das weiß man an sich, wird aber auch dieser Tage wieder bestärkt. Denn Wälder, Bäume und Grünflächen senken das Risiko für Bluthochdruck und Übergewicht und stärken das mentale Wohlbefinden, wie jetzt auch noch ein aktueller Bericht zeigt, im Bericht von Juliana Nagila. Drei ausgewachsene Bäume vor dem Fenster, 30 Prozent Baumkronen auf der Fläche jedes Stadtviertel und in einer Distanz von 300 Metern eine öffentliche Grünfläche. So lautet die Faustformel für eine gute städtische Begrünung, zumindest aus wissenschaftlicher Sicht. Denn der Zugang zu Bäumen, Wäldern und Grünflächen ist gesund und zwar für alle Altersgruppen, sagt Cecil Cognain and Dyke von der University of British Columbia. Wohnen Mütter in der Nähe einer Grünfläche ist das Geburtsgewicht ihrer Kinder tendenziell höher und besuchen Kinder eine Schule in Grünlage dann fördert, dass ihre kognitive und emotionale Entwicklung. Eine Grünfläche vor der Haustür motiviert, alle Altersgruppen zu mehr Bewegung, weshalb das Risiko für Diabetes und Herz-Kreislauf-Verkrankungen sinkt. Zudem ist der Aufenthalt im Grünen gut für die mentale Gesundheit. Er fördert das Wohlbefinden und kann Angstzustände und Depressionen lindern. Auch ältere Menschen profitieren, sie leben länger und leiden selten an Demenzerkrankungen, wenn sie in der Nähe von Wäldern oder Parks wohnen. Während viele positive Gesundheitseffekte bereits belegt sind, braucht es für andere noch mehr Forschung. Beispielsweise zur Frage, wie sich der Aufenthalt in der Natur bei einer Krebserkrankung auswirken könnte, sagt der Forstwissenschaftler, der gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen für den aktuellen

Bericht den Wissensstand zusammengetragen hat. Viele Forschungsergebnisse beziehen sich auf den globalen Norden. Im globalen Süden sei man viel direkter auf den Wald angewiesen, betont Christoph Wildburger, Koordinator von UFRO, dem globalen Forschungsnetzwerk für Wälder. Wälder und Bäume bedeuten auch Nahrung, bedeuten, dass ganz viele Heilpflanzen verfügbar sind. Es ist zum Beispiel wichtig zu wissen, dass etwa 70 Prozent der Weltbevölkerung aus grünen Räumen ihre Medikamente beziehen. Allergien, von Tieren übertragende Krankheiten oder eine

schlechte Luftqualität durch Waldbrände. Es gebe auch negative Effekte. Diese seien aber meist die voll gerne gestörten Menschen um Weltbeziehung, sagt Christoph Wildburger. Man muss einfach wissen, wenn man zum Beispiel die Folgen von Entwaldung sieht, dass das auch Folgen für die Gesundheit hat. Wichtig sei es da, dass die Politik Landnutzung und Gesundheit zusammendenkt. Wälder sind nicht nur ein Rohstofflieferant, gut fürs Klima und die biologische Vielfalt, sondern auch gesund. Gegen Ende geht es im Mittag schon noch zweimal auf die Bühne, einmal in Wien, zuerst aber in den USA. Sogenannte Dragqueens, also Männer in schrittler Aufmachung als Frauen. Aber auch Transpersonen sind das neue Fanbild der Republikaner in den USA. Mit zahlreichen Gesetzen versuchen jetzt konservativ regierte Bundesstaaten unter dem Vorwand des Jugendschutzes sogenannte Dragshows, also Auftritte von Männern und Frauenkleidern zu

verbieten. Kritiker sehen darin einen Angriff auf homosexuelle und andere Christoph Cole über diesen amerikanischen Kulturkrieg. Drag habe sein Leben gerettet, erzählt Timothy Sherwood. Der ehemalige Lehrer verdient sein Geld in Texas mit Auftritten als Dragqueen, sein alter Ego, Kylie O'Hare for Tally, habe ihm geholfen, zu sich selbst seine Stimme zu finden. Doch in Texas sind gleich vier Gesetze in Ausarbeitung, die Dragshows einschränken sollen, landesweit bereiten Republikaner, hunderte Gesetze vor, die sich gegen Drag-Performerinnen, aber auch Transpersonen richten. Im Bundesstaat Tennessee hat der Gouverneur Anfang des Monats ein Gesetz

unterschrieben, das, wie es im Text heißt, Erwachsenenunterhaltung in der Öffentlichkeit und vom Minderjährigen verbietet. Man müsse Kinder vor Dragshows, Auftritten von Männern in Frauenkleidern

schützen, argumentiert der Republikaner Jack Johnson. Meine einzige Botschaft lautet, dass man keine Sexualhandlungen vor Kindern simulieren soll. Gegner kritisieren, dass das Gesetz extrem

waageformuliert ist und den Behörden ganz bewusst einen sehr großen Interpretationsspielraum lässt.

Die Transfrau und Sängerin Dahlia Noll selbst befürchtet, dass so auch ihre Konzerte verboten werden könnten. Das Problem ist, dass viele, vor allem in republikanischen Bundesstaaten, nicht in der Lage sind, zwischen einer Drag Queen und einer Transfrau zu unterscheiden. Dahlia sieht in den Gesetzesentwürfen daher einen klaren Angriff der Republikaner auf Menschen wie sie.

Sie versuchen Transgender-Personen aus der Öffentlichkeit auszulöschen, aber ich existiere, da steht nicht zur Debatte.

Was für die Republikaner bis vor kurzem noch der Kampf gegen das Recht auf Abtreibungen war, ist nun der Streit um Dragshows.

Im ganzen Land organisieren konservative Gruppendemonstrationen gegen Dragshows.

Unter Fox News werden Drag Queens täglich zum Feinbild Nummer 1 gemacht.

Es ist ein moralisches Verbrechen. Man ist nicht tolerant, wenn man das akzeptiert. Kinder zu sexualisieren ist vollkommen falsch.

Die Republikaner stilisieren so einen weiten Teil des Landes nischen Thema zum Kulturkampf hoch, um ihre Anhänger zu mobilisieren.

Die Sprecherin des Weißen Hauses kritisiert diese Polit-Taktik.

Was für einen Sinn ergibt es, Dragshows anzugreifen?

Wie hilft das den Menschen, die sich um die Wirtschaft, die Sicherheit ihrer Gemeinden und ihrer Kinder sorgen?

Die Republikaner glauben, dass Redefreiheit nur für jene gilt, die ihrer Meinung sind.

Es ist ein Kampf, der auch auf dem Rücken von homosexuellen und trans Kindern ausgetragen wird, die laut Experten durch diese Diskussionen wieder stärker stigmatisiert werden könnten.

Jay Anderson, der ein Biolokal in Dallas betreibt, will die Dragshows eines Sohnes fortführen, auch wenn diese hier in Texas verboten werden sollten.

Wenn mich diese Show dazu zwingt, mein Lokal zusperrern zu müssen und ich all mein Geld verliere, aber ich damit nur ein Kind retten kann, dann ist mir das egal.

Damit eben auf die Bühne in Wien, Karl-Maria von Weberst, der Freischütz war lange Zeit fixer Bestandteil vieler Opernspielpläne.

Mittlerweile mutet die Opern wenig Antiquartern, es wäre also Zeit für eine radikale Neuinterpretation, dachte man am Musiktheater an der Wien.

Dort sind dann ab heute Tuomo Katayalas und Jacqueline Wagner in den Hauptdreuen zu sehen, Patrick Lange dirigiert, die Wiener Symphoniker und die Hale E. Museumsquartier wird quasi zum Filmtheater berichtet, Judith Hoffmann.

Geht der Probeschuss morgen daneben, darf Max Weder Förster werden noch seine Braut Agate heiraten.

Da lässt er sich auf einen Faustischen Pakt mit dem rachsüchtigen Kasper ein.

Sieben Freikugeln wird er ihm um Mitternacht schmieden, sechs treffen sicher, die siebende wird vom Bösen gelenkt.

Der aus Ungarn stammende Regisseur David Morton bringt das 1821 Uhr aufgeführte deutsche Singspiel als mehrsprachige Live-Filmprojektion auf die Portal große halbtransparente Leinwand. Das Bühnenbild kann man so doppelber lichten, man hat eine nahe und eine weite Einstellung, das ist spannend.

Das geht nicht um eine Operninszenierung mit viel Video, sondern das ist wie ein Sehnsuch nach dem alten Begriff Filmtheater.

Sagt Morton, der wie im Stumpffilm mit Großaufnahmen von nervös zugenden Fingern weit aufgerissenen Augen oder Stirnrunzeln arbeitet und die gesamte Handlung aus Agates Perspektive erzählt.

Das Verhältnis des scheitenden Maxes zu Jägerwelt finde ich ist nicht unbedingt die interessanteste Riss oder Achse in dem Ganzen,

sondern was ist mit dieser Frau, die fortwährend träumt, furchtbare Träume in ihren Träumen sieht sie sich als Opfer.

Der Jägerwelt als Zielscheibe und das in einer Zeit komponiert, wo die intellektuelle Manzipation von Frauen in den Anfängen stand.

Für Dirigent Patrick Lange steht die symbolgeladene Bildsprache voller romantischer Themen und

Motive im spannenden Kontrast zur Musik, die noch stark von klassischen Formen geprägt ist. Vom Aufbau her, von der Intensität, auch von der Agogik, es ist sehr rhetorisch, all die Musik ist immer vom Sprach Text und Rhythmus bestimmt und das finde ich unglaublich faszinierend und deswegen lässt mich dieses Stück auch nicht los.

Und das trotz des befremdlichen Deusex-Markt-Hinnerschlusses, in dem ein Eremit im letzten Moment die tödliche Kugel weg von Agate hin zu Casper lenkt.

Was tut man heute mit einem derartigen Finale? David Morton entscheidet sich für interpretatorische Enthaltbarkeit.

Ich glaube, dass dieser Finale nicht lösbar ist. Eine Wendung, die der Tiefe des Stoffes eigentlich erzählerisch nicht gewachsen ist.

Dafür wieder, um musikalisch der Hammer ist. Und deswegen dachte ich, da verlassen wir ein bisschen die Narrative und gehen auf vorproduziertes Material, was mit unserer Zeit und dieser Stadt zu tun hat.

Dieser Schachzug verspricht witzige Bild-Ton-Schern und vor allem in den hintersten Reihen spannende Filmmomente.

Von luxuriösen Plätzen in Bühnen näher ist bei dieser Produktion eindeutig abzuraten.

Und wir kommen noch ins Nachrichtenstudie zuerst zu Rosie Witz.

Das Verwaltungsverwaltungsverwalt ist für die erste Zeit in der humanen Geschichte gelangt.

Bis jetzt haben wir gedacht, was wir gemacht haben, wie viel wir gebraucht haben, war es okay.

Wir haben das nicht und wir haben das Realisieren von dem Effekt.

South Korea sagt, dass North Korea einiges von den Kursmissiles in den See von Japan aus der Südde-Koeste hat.

Es kommt in Bezug auf die US-South Korean Militär-Exercise.

North Korea sagt, dass sie ein Präliot für eine Planung und Invasen glauben.

Ein Moskau-Aktifizial in der occupierten Crimeanport in Sevastopol sagt,

dass die Russische Militär-Effizie eine Drohne-Aktik hat.

Die ukrainische Peninsula, die von Russland in 2014 in Russland verabschiedet wurde, ist nach Hause zu der Russischen Black Sea Fleet.

Die ukrainischen Militär-Effizien sagen, dass Russische Drohne-Aktik für vier Menschen in der Kyiv-Region verabschiedet wurde.

Die IMF hat einen langen Weg zu verabschieden,

der mit der Unterstützung der Ukraine mehr als 15 Billionen Dollar verabschiedet wird.

Die Vier-jährige-Aktifizierung hat die ukrainische Ökonomie,

die durch die Russische Invasion durchgeführt wurde.

Japanes Prime Minister Fumio Kishida hat die G7-Kommission zu Ukraine versprochen.

Sie wird unshäkert bleiben,

als sie mit Präsident Vlodimir Zelensky in Kyiv gestern verabschiedet wurde.

Zelensky thanked Kishida für die Aide, die Japan zu Ukraine begann.

Wir haben enorm viele Möglichkeiten für solche Kooperationen,

dank der technologischen Potentiale von Japan und der starken Aide-Package.

Es ist schon klar, dass Japan nun eine der Ukraine's wichtigsten Partner in ihrer Verkonstruktion kann.

Die German-Polizei hat die nationwideen Raids dargestellt,

die 19 besuchten Mitglieder der farben Reichsburger Gruppe zu verabschieden.

Ein Polizist war verabschiedet,
wenn ein Mann den Raiden in southwest-Germany geöffnet hat.
Die Operation folgt die Erfindung eines Plans letztes Jahr,
um die deutsche Regierung zu überführen.
At least 13 Menschen sind nun bekannt zu sterben,
als der Resultat eines starken Raiden in Afghanistan ist.
Es hat die Raiden in einem großen Bereich gekostet.
Mehr als 200 Menschen sind verabschiedet,
mit vielen der verabschiedeten Kasselte in neighboring Pakistan.
Ein left-wing-Turkisch-politische Verabschiedung hat gesagt,
dass es nicht ein Kandidat für eine Maze-Präsidential-Elektion ist.
Die Entscheidung könnte die Opposition-Effizien auf die Rettchen-Tieb-Erdewanle
von der Rettchen-Tieb-Erdewanle anstecken,
um eine Damage in den Votos zu verabschieden.
Das Meer ist meistens schmutzig,
durch den Land mit nur ein paar Clouds,
die Temperaturen von 16 bis 22 °C ausgelassen.
Jetzt die News in Deutschland mit Andreas Lechner.
Danke, Rossi.
Die mit 1. April stark steigenden Mieten werden entlastet.
Die Bundesregierung hat sich nach langem hin und her
auf eine Wohnkostenhilfe geeinigt,
die von den Grünen forcierte Mitpreisbremse kommt wegen
des Widerstands der ÖVP nicht.
Stattdessen wird es als Kompromiss Einmalzahlungen geben.
Die Bundesregierung stellt als Wohnkostenhilfe
250 Millionen Euro zur Verfügung,
davon dienen 25 Millionen Euro als Aufstockung
für den Wohnschirm gegen Deloschierungen.
Von der Wohnkostenhilfe in Höhe von rund 200 Euro
soll rund eine Million Menschen profitieren.
Das SPÖ-Präsidium legt jetzt am Nachmittag
den genauen Fahrplan für die bevorstehende
Mitgliederbefragung fest.
Noch sind nämlich viele Fragen offen.
Etwa ob die Parteiführung neben Pamela Rendi-Wagner
und Hans-Peter Dosko ziel weitere Kandidaten
zur Wahl des Bundesparteivorsitzenden zulässt oder nicht.
Politische Beobachter gehen davon aus,
dass weitere Kandidatinnen und Kandidaten
bei der Mitgliederbefragung zur Wahl antreten dürfen.
Wie etwa der Wiener SPÖ-Bezirksfunktionär Nikolaus Kowal,
der gestern seine Kandidatur bekannt gegeben hat?
Der Betrugsprozess gegen die ehemalige Familienministerin

Sophie Karmazin startet am 25. April.

Das hat eine Sprecherin des Wiener Landesgerichts vor Kurzem bestätigt.

Die Verhandlung ist vorerst auf drei Tage anberaumt.

Im Fall einer Verurteilung drohen Karmazin

und einen mitangeklagten Spitzenbeamten

aus dem Sportministerium bis zu drei Jahre Haft.

Karmazin soll sich nach dem Ausscheiden aus der Politik

Bezugsfortzahlungen erschlichen

und im Zusammenhang mit Studien für das Sportministerium

wettbewerbsbeschränkende Absprachen getätigt haben.

Es gilt die Unschuldsvermutung.

Zu wenig Niederschlag und die damit einhergehende Trockenheit

setzt Europa heuer besonders zu, auch Österreich ist betroffen.

Im Großraum Wien etwa hat es im März um 98 Prozent weniger

geregnet als in den Jahren zuvor.

Damit sinkt auch der Grundwasserspiegel

auf ein dramatisches Niveau.

Das ist laut Experten aber kein österreichisches Phänomen.

Auch in Italien, Spanien und Frankreich

hat sich die Grundwassersituation zuletzt dramatisch zugespitzt.

Danke Andreas Lechner.

Die Wettausgaben sind jetzt noch Daniel Schlager für Sie.

Mittwoch der 22. und noch kaum ein Tage im März

mit unterdurchschnittlichen Temperaturen.

Auch in den nächsten Tagen legen wir zum Teil um 10 Grad

über den typischen Werten.

Dass der Wind aber noch nicht abgeschrieben werden darf,

spielen wir zu Beginn der kommenden Woche vor allem an der alpen Nordseite.

Vorerst ist es aber noch frühlingshaft bei Höchstwerten

zwischen 16 und 23 Grad.

Außerdem überwiegt der Sonnenschein,

auch wenn morgen im Westen und Norden Österreich

schon etwas mehr Wolken über den Himmel ziehen.

Der Wind kommt nur leicht bismäßig, aus West bis Süd.

Am Freitag werden die Wolken dann dichter

und vor allem von Vorarlberg bis zur Obersteiermark

entstehen am Nachmittag einige Schauer und einzelne Gewitter.

Länger Sonnig und noch einmal sehr warm ist es im Osten und Süden,

hier kommen die Schauer spätestens in der Nacht auf Samstag an.

Das Wochenende verläuft ein generell wechselhaft

mit vielen Wolken und ein paar Schauern,

dazwischen aber auch Sonne und vor allem am Samstag

teils kräftiger Westwind.

[Transcript] Ö1 Journale / Mittagsjournal (22.03.2023)

Bei maximal 8 bis 16 Grad schon spürbar kühler.

Am Montag bringt stürmischer Nordwestwind dann noch kältere Luft, damit kann es an der alpen Nordseite immer öfter

bis in tiefe Lagen schneiden.

Das war schon das Mittagsschinal am 22. März.

Bernhard Ortmeier Technik,

eine dünne Gefrenkenberger Regie und alle anderen Beteiligten.

Bedanken Sie sich für Ihre Aufmerksamkeit, bleiben Sie dran, es ist Punkt 1.